



## Niederschrift 26. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 21.02.2017
<b>Sitzungsbeginn:</b>	16:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:47 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Bürgerhaus am Schlaatz, Saal, Schilfhof 28, 14478 Potsdam

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Herr David Kolesnyk	SPD	Sitzungsleitung
---------------------	-----	-----------------

#### Ausschussmitglieder

Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger
Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger
Herr Björn Karl	CDU/ANW
Herr René Kulke	DIE aNDERE
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Rüdiger Schmolke	anerkannter freier Träger
Herr Bodo Ströber	anerkannter freier Träger
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE

#### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Matthias Kaiser	CDU/ANW
Frau Ute Parthum	anerkannter freier Träger

#### beratende Mitglieder

Herr Alexander Gehl	Polizeiinspektion Potsdam
Frau Solveig Hannemann	Agentur für Arbeit Potsdam
Herr Dirk Heidepriem	staatl. Schulamt
Frau Johanna Jänchen	Jugendvertreterin
Frau Lisa Kabitzke	Kreisschülerrat
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche
Herr Reinhold Tölke	Jugendamtsleiter

#### Beigeordneter

Herr Mike Schubert	Geschäftsbereich 3
--------------------	--------------------

### Nicht anwesend sind:

#### Ausschussmitglieder

Frau Friederike Harnisch	CDU/ANW	entschuldigt
Frau Helga Hübner	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt

Herr Nico Marquardt	SPD	entschuldigt
<b>beratende Mitglieder</b>		
Herr Lutz Boede	Migrantenbeirat	entschuldigt
Frau Dr. Kristina Böhm	Gesundheitsamt	entschuldigt
Frau Rita Franke	Amtsgericht Potsdam	entschuldigt
Frau Sylvia Frenzel	Kreiselternrat	entschuldigt
Frau Raina Maria Lau	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsporbund	nicht entschuldigt
Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche	entschuldigt
Frau Martina Trauth-Koschnik	Büro f. Chancengleichh./ Vielfalt	nicht entschuldigt
Herr Borys Zilberman	Jüdische Gemeinde	nicht entschuldigt

#### **Gäste:**

Frau Dr. Jutta Laukart	Bildungsbüro
Herr Daniel Wilsdorf	Bildungsbüro
Frau Petra Rademacher	FB Bildung und Sport
Herr Eckhard Dörnbrack	Staatliches Schulamt
Herr Roman Riedt	kobra.net
Herr Bernd Richter	Kommunaler Immobilien Service
Frau Christina Weidner	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Kerstin Elsaßer	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Sabine Reisenweber	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Birgit Ukrow	FB Kinder, Jugend und Familie
Herr Peter Böhme	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Wiebke Kahl	Elternbeirat Kita
Frau Alexandra Haake	Elternbeirat Kita
Frau Nicole Heidrich	Schriftführerin Ausschuss für Bildung und Sport
Frau Martina Spyra	Schriftführerin Jugendhilfeausschuss

#### **Tagesordnung:**

##### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Gesamtkonzept Schule - Jugendhilfe
- 4 Projekt "Türöffner- Zukunft Beruf" für die Landeshauptstadt nutzen  
Vorlage: 17/SVV/0040  
Fraktion SPD, CDU/ANW  
B/Sp. (ff)
- 5 Vorstellung des Bildungsbüros
- 6 Berichterstattung zur Umsetzung des Schul- und Kita-Sanierungsprogramms bis  
2019 gemäß Beschluss 14/SVV/0632
- 7 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.01.2017

- 8 Wiedervorlagen
- 8.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2017  
Vorlage: 16/SVV/0798  
Oberbürgermeister, Kommunalen Immobilien Service  
- Wiedervorlage -
- 8.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017  
Vorlage: 16/SVV/0801  
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung  
- Wiedervorlage -
- 8.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",  
Nummer 8: Mehr Kita-Personal durch Co-Finanzierung der Stadt  
Vorlage: 16/SVV/0684  
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung  
- Wiedervorlage -
- 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 9.1 Rechtsgutachten zur Kita-Finanzierungspflicht des Landes  
Vorlage: 17/SVV/0039  
Fraktion DIE LINKE
- 9.2 Einführung einer zusätzlichen Stundenstufe bei der Personalbemessung in den  
Potsdamer Kitas  
Vorlage: 17/SVV/0042  
Fraktion DIE LINKE
- 9.3 Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen  
Einrichtungen der LHP  
Vorlage: 17/SVV/0059  
Fraktion CDU/ANW
- 10 Bericht der Jugendvertretung
- 11 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB  
VIII
- 12 Informationen des Jugendamtes
- 13 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzenden, Herrn Clemens Viehrig und Herrn David Kolesnyk.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Herr Viehrig stellt für beide Ausschüsse die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung sind 13 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses anwesend.

Zu Beginn der Sitzung sind sechs stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Sport anwesend. Somit sind beide Ausschüsse beschlussfähig.

Es gibt keine Änderungswünsche zur gemeinsamen Sitzung.

### **zu 3 Gesamtkonzept Schule - Jugendhilfe**

Herr Kolesnyk bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechtes für Herrn Riedt (Kobra.net)

Der Erteilung des Rederechtes wird mehrheitlich zugestimmt.

Herr Böhme (FB Kinder, Jugend und Familie) gibt eine kurze Einleitung und verweist dabei auf die vier Handlungskonzepte. Er weist darauf hin, dass die letzte gemeinsame Sitzung beider Ausschüsse am 17.01.2007 stattgefunden habe. Er stellt die Lenkungsgruppe vor, die 5- bis 6mal jährlich tagt und benennt die Mitglieder.

Anschließend stellt er anhand einer Präsentation (Anlage 1) die Kooperations-Aktivitäten vor.

Frau Elsaßer (FB Kinder, Jugend und Familie) gibt einen Sachstandsbericht zum Handlungskonzept Übergangsportfolio Kita - Grundschule. Sie informiert, dass es eine Mitwirkung von 7 Kitas bzw. Horten sowie 4 Grundschulen gab.

Anschließend stellt sie den Ablauf vor und geht auf die Zielstellungen ein. Sie macht dabei deutlich, dass es zum Übergangsportfolio bei den Beteiligten sowohl Zustimmung wie auch Ablehnung gäbe. Ein Instrument zur besseren Übergangsgestaltung aber grundsätzlich als sinnvoll empfunden werde. Es wurde festgestellt, dass Kooperationen zwischen Grundschulen und Kitas standortbezogen auf der Grundlage von Kooperationsvereinbarungen weiterentwickelt werden sollten. Dazu sollen allen Beteiligten die vorhandenen Instrumente zur Verfügung gestellt werden.

Gemeinsam mit allen Akteuren soll nun beraten werden, wie und an welcher Stelle weitergemacht werden solle.

Frau Reisenweber (FB Kinder, Jugend und Familie) geht auf das Handlungskonzept Schule – Jugendförderung ein und gibt zunächst einen Überblick über den Ist-Stand. Dabei macht sie deutlich, dass die Schulen noch nicht alle schulbezogenen Jugendhilfeleistungen nutzen würden.

Sie stellt das Kommunale Förderprogramm PLuS (Potsdamer Lern- und Unterstützungssystem) vor. Der Beginn des Projektes erfolgt im September 2017. Die jährliche Fördersumme beträgt 300 TEUR. Die Fördersäulen entsprechen dem BuT (Bildungs- und Teilhabepaket). Sie weist darauf hin, dass die Stellenausschreibung jetzt gestartet wird.

Herr Tölke (FB Kinder, Jugend und Familie) erläutert das Handlungskonzept Schulsozialarbeit und weist darauf hin, dass die Lenkungsgruppe einen Kriterienkatalog entwickelt habe. Er gibt einen Überblick über die Schulen, an denen Schulsozialarbeiter eingesetzt sind. Weitere 5 Standorte kommen zum Schuljahr 2017/2018 dazu. Ziel sei es, bis 2023 eine Komplettversorgung an allen Schulen mit Schulsozialarbeitern sicher zu stellen.

Frau Reisenweber gibt Erläuterungen zum Handlungskonzept Schule - Hilfen zur Erziehung und geht dabei Zusammenarbeit der Hilfen zur Erziehung an den

Schnittstellen zu Schule, Schulsozialarbeit, Kita und Jugendsozialarbeit ein. Im Hilfeplan sei eine systematische Erfassung und Beschreibung dieser Schnittstellen vorgesehen. Auch Themen wie Schulverweigerung und Verdachtsfälle „Kindeswohlgefährdung“ sind Bestandteil des Handlungskonzeptes.

Abschließend geben Herr Tölke und Herr Dörnbrack ein kurzes Zwischenfazit zum Arbeitsstand. Es wird darauf verwiesen, dass sich der Beirat Schule – Jugendhilfe im September 2016 konstituiert und zwischenzeitlich dreimal getagt habe. Die Förderrichtlinie für das PLS-Programm sei am 01.01.2017 in Kraft getreten und wurde in allen Schulen bekannt gemacht und den Schulleitenden vorgestellt. Es gelte auch für die freien Schulen. In der nächsten Beratung der Schulleitenden werde Herr Dörnbrack noch einmal für die Teilnahme am Programm werben. Die Fachgruppe Schulsozialarbeit sei im Handlungskonzept festgeschrieben. Aus jeder Schulform werden Vertreter der einzelnen Schulformen entsandt – für die Grundschulen: Frau Goldberg, für die Oberschulen: Frau Bahr, für die Gymnasien: Frau Thorak, für die Gesamtschulen: Frau Schmollack, für die Oberstufenzentren: Herr Hähle, für die Förderschulen: Frau Lehmann.

Herr Tölke betont, dass die Landeshauptstadt Potsdam das gute Gelingen des Konzeptes zum Anlass nimmt, sich gemeinsam mit dem Stadtjugendring und den freien Trägern auf dem 16. Deutschen Jugendhilfetag am 27. – 30.03.2017 in Düsseldorf zu präsentieren.

Herr Dörnbrack teilt mit, dass standardmäßig die jährliche Auswertung der Arbeit der Schulsozialarbeit erfolgen soll. Jetzt muss das Konzept belebt und in der Praxis umgesetzt werden. Abschließend informiert er, dass es am 07.03.2017 ein Treffen der Schulleitenden mit der Kinderschutzbeauftragten geben werde.

Herr Tölke weist darauf hin, dass bisher bereits einiges erreicht wurde. Das erarbeitete Konzept ist nicht statisch, sondern ein permanenter Prozess.

Herr Ströber erinnert an den Prüfauftrag aus dem Jahr 2013, an allen Schulen Schulsozialarbeit zu installieren. Dieser muss angegangen werden.

Herr Wollenberg nimmt Bezug auf den Stellenplan und weist darauf hin, dass mit dem Gesamtkonzept auch die Koordinierung und Verteilung auf die Fachbereiche festgelegt war. Zu Beginn sei eine Viertelstelle beim Fachbereich Bildung und Sport eingerichtet. Er fragt, wie dies perspektivisch geplant werde.

Frau Rademacher (FB Bildung und Sport) erklärt, dass die Stellenbesetzung hier bisher nicht erfolgt sei. Derzeit sei die Aufgabe zusätzlich an eine Stelle „Schulorganisation“ angebunden. Sie entgegnet, dass die Stelle auch für 2018 im Stellenplan nicht vorgesehen sei, der Bedarf bestehe bereits in 2017.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass sich der Jugendhilfeausschuss bereits intensiv mit dem Übergang Kita - Schule befasst habe. Sie fragt, was von den gewonnenen Erkenntnissen hier verwendet wurde und wo die gravierenden Ergebnisse zu dem liegen, was jetzt erarbeitet wurde.

Frau Elsaßer antwortet, dass in beiden Systemen viele Informationen vorliegen. Jetzt muss der Prozess betrachtet werden. Sie betont, dass alles in angemessenem Rahmen berücksichtigt werde.

Herr Schmolke spricht das Handlungskonzept Schule-Jugendförderung an und betont, dass er das PLoS-Programm gut finde. Er macht aber deutlich, dass er den Eindruck habe, dass es ein Konstruktionsfehler sei, dass für die Jugendförderung hier keine Verwaltungsarbeit eingestellt seien.

In der Förderrichtlinie stehe, dass die Träger Kooperationspartner sein können, die gefördert werden. Er fragt, ob hier regelgeförderte oder projektgeförderte Träger gemeint seien. Des Weiteren bittet er um Auskunft, ob im Startjahr die Antragsfrist auf den 30.04. geschoben werden könne. Er fragt auch, ob eine Schule auch mehrere Projekte durchführen könne.

In der sich anschließenden Diskussion wird hervorgehoben, dass sich die Schulen für die Jugendhilfe öffnen sollen. Antragsberechtigt seien die Schulen. Die jeweilige Schule entscheide, welches Angebot sie annehmen möchte, eine Schule könne auch mehrere Projekte durchführen. Eine Verlängerung der Antragsfrist sei zunächst nicht vorgesehen. Es solle zunächst abgewartet werden, wie viele Anträge bis zum 31.03.2017 vorliegen.

Anschließend bedankt sich Herr Tölke bei Herrn Riedt von kobra.net für die gute fachliche Begleitung.

Herr Riedt (kobra.net) betont, dass die Durchführung der Erprobung des Übergansportfolios Kita - Grundschule sehr wichtig und erfolgreich war. Die Strukturen der Abstimmung seien ebenfalls sehr wichtig. Durch den kontinuierlichen Dialog seien schnelle Reaktionen möglich.

Er weist darauf hin, dass die Vorstellung des Konzeptes durch den Jugendamtsleiter und einen Schulrat einzigartig sei und zeigt, dass hier übergreifend gearbeitet wurde. Er bittet um Geduld bei Schwierigkeiten, die zu bewältigen wären.

Herr Schubert spricht Herrn Tölke und seinen Kolleginnen sowie Herrn Dörnbrack seinen Dank für die geleistete Arbeit aus.

#### **zu 4 Projekt "Türöffner- Zukunft Beruf" für die Landeshauptstadt nutzen**

**Vorlage: 17/SVV/0040**

Fraktion SPD, CDU/ANW

B/Sp. (ff)

Herr Kolesnyk bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Dr. Magdowski erinnert an den Bericht von Herrn Prof. Lauterbach im Ausschuss für Bildung und Sport am 15.11.2016. Sie informiert, dass der Projektantrag dem Oberbürgermeister zur Unterschrift vorgelegt und somit dem vorliegenden Antrag Rechnung getragen werde.

Herr Otto fragt, wo die Koordinierungsstelle angebunden sei und wie viele Stellen diese beinhalte.

Frau Dr. Magdowski teilt mit, dass dafür im Fachbereich Bildung und Sport zwei Stellen beantragt werden. Die Besetzung der Stellen soll zum Sommer 2017 erfolgen.

Herr Kolesnyk stellt die Drucksache zur Abstimmung.

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass die Landeshauptstadt Potsdam einen Förderantrag für eine „Lokale Koordinierungsstelle“ im Rahmen des Programmes „Türöffner – Zukunft Beruf“ bei der Investitions- und Landesbank des Landes Brandenburg stellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 12  
Ablehnung: 0

**zu 5 Vorstellung des Bildungsbüros**

Frau Dr. Laukart (Bildungsmanagement) und Herr Wilsdorf (Bildungsmonitoring) stellen mit Unterstützung einer Powerpoint-Präsentation (Anlage 2) das Programm „Bildung integriert“ vor. sich als Mitarbeitende des Bildungsbüros der LHP vor.

Frau Dr. Laukart gibt einen Überblick über die Eckdaten des Programms, das im November 2016 mit einer Laufzeit von 3 Jahren startete.

Sie verweist auf die Positionspapiere des Deutschen Städtetages und macht darauf aufmerksam, dass Bildung ein ämterübergreifendes Thema sei. Ziel sei der Aufbau eines datenbasierten Bildungsmanagements. Es soll eine ämterübergreifende Steuerungsgruppe gebildet und Kooperationsvereinbarungen mit externen Akteuren geschlossen werden. Des Weiteren sei auch eine Bürgerbeteiligung in Form einer Bildungskonferenz geplant, darüber hinaus auch thematisch fokussierte Arbeitsgruppen.

Herr Wilsdorf gibt Erläuterungen zum Bildungsmonitoring und erklärt eingangs die Aufgaben des Bildungsmonitorings. Für die Zusammenführung bildungsbezogener Datenbestände werde eine Bürgerumfrage folgen. Abschließend sollen die Ergebnisse in einem Bildungsbericht veröffentlicht werden, welcher Grundlage für die Arbeit der Gremien sein wird.

Frau Dr. Laukart geht anschließend auf die organisatorische Anbindung des Bildungsbüros ein, welches an den Fachbereich Bildung und Sport angebunden sei.

Frau Dr. Schröter fragt, welche Rolle die kulturelle Bildung spiele.

Frau Laukart betont, dass dies ein wichtiges Themenfeld sei, das mit Sicherheit in den Bildungsbericht aufgenommen werde.

Herr Sima fragt, wie die Steuerung der vorhandenen Angebote erfolge.

Frau Dr. Laukart verweist auf die aufsuchenden Familienhelfer.

Diese sollen die Eltern bei der Auswahl an Bildungsangeboten unterstützen. Bei schwer erreichbaren Familien muss überlegt werden, wie diese vor Ort angesprochen werden können.

**zu 6 Berichterstattung zur Umsetzung des Schul- und Kita-Sanierungsprogramms bis 2019 gemäß Beschluss 14/SVV/0632**

Herr Richter (Kommunaler Immobilien Service) stellt anhand einer Powerpoint-

Präsentation (Anlage 3) den Stand der Entwicklung des Sanierungsbedarfes vor und macht dabei deutlich, dass die Investitionsplanung keine Maßnahmen im Bereich der Jugendarbeit vorsehe. Hier seien nur kleinteilige Maßnahmen zur Erhaltung des Status Quo geplant.

Herr Liebe sieht durchaus Sanierungsbedarf bei den Jugendeinrichtungen. Er bittet um Erläuterung, was zu kleinteiligen Reparaturen zähle.

Herr Richter bestätigt, dass bei vielen Jugendeinrichtungen grundhafter Sanierungsbedarf bestünde, der kommunalrechtliche Nachweis der Unabweisbarkeit als Finanzierungsvoraussetzung jedoch fehle. Derzeit würden ausschließlich Sanierungen im Kita-Bereich erfolgen. Darüber hinaus gäbe es keine Möglichkeit der Erhöhung der Kredite. Deshalb sei es in den Jugendklubs nur möglich, dringende Reparaturen durchzuführen.

Herr Schubert informiert, dass der Träger des Hortes der Grundschule in der Waldstadt signalisiert habe, dass er nicht in der Lage ist, den provisorischen Bau zu errichten. Die Baumaßnahmen werden jetzt mit Hochdruck durch die LHP durchgeführt, um für das kommende Schuljahr eine Lösung herbeiführen zu können.

## **zu 7 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.01.2017**

Die Niederschrift vom 19.01.2017 wird mehrheitlich bestätigt.

Herr Kolesnyk bittet um Verständigung über die Tagesordnung. Der Antragssteller von Antrag 17/SVV/0059 „Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP“ (TOP 9.3) hat um Zurückstellung des Punktes gebeten. Er stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Der geänderten Tagesordnung wird mehrheitlich zugestimmt.

## **zu 8 Wiedervorlagen**

### **zu 8.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2017 Vorlage: 16/SVV/0798**

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service  
- Wiedervorlage -

Herr Richter verweist auf die wesentlichen Änderungen im Wirtschaftsplan, die allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage zur Verfügung gestellt wurden. Er teilt mit, dass der Werksausschuss KIS den Änderungen mehrheitlich zugestimmt hat. Gemäß geändertem Wirtschaftsplan werden 2 Mio. Euro für den Hortneubau an der Waldstadtgrundschule (27) zur Verfügung gestellt. Dies erfolgt zu Lasten der Sanierung des Verwaltungscampus. Bis zum 01.03.2017 muss die Fällgenehmigung für die auf dem Gelände stehenden Bäume vorliegen und die Fällung erfolgt sein.

Weitere Änderungen, die den Jugendbereich betreffen, gibt es nicht.

Frau Dr. Müller spricht die investiven Mittel für Jugendeinrichtungen an und bittet um Benennung der zur Verfügung stehenden Mittel.

Herr Richter erklärt, dass pro Jahr etwas unter 100.000 Euro zur Verfügung stehen. Eine konkrete Summe kann er spontan nicht benennen. Er erklärt, dass der KIS jeweils zum Jahresende einen Vorschlag erarbeitet, der mit dem zuständigen Fachbereich abgestimmt wird.

Frau Dr. Müller bittet darum, dass die Liste für 2017 als Anlage zur Niederschrift ausgereicht wird.

Herr Liebe teilt mit, dass der Unterausschuss empfiehlt folgendes zu beschließen: In den nächsten 5 Jahren sind die bekannten Sanierungsbedarfe in den Kinder- und Jugendklubs abzuarbeiten. Die erforderlichen Mittel sind in den KIS-Wirtschaftsplan einzustellen.

Herr Kolesnyk regt an, einen Bedarfsplan für Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen zu erstellen.

Herr Liebe möchte einen rechtssicheren Beschluss haben. Die Verwaltung sollte eine rechtssichere Formulierung hierfür finden.

Herr Wollenberg macht deutlich, dass der 1. Punkt die Bestandssicherung betrifft. Gemäß dem 2. Punkt ist zu errechnen, wie viele Plätze an Jugendfreizeiteinrichtungen benötigt werden. Dies ist sehr umfangreich und für die bereits festgestellten Sanierungsbedarfe nicht erheblich.

Herr Richter stellt klar, dass für die Kommunalaufsicht auch für die bestehenden Einrichtungen der Nachweis für die Unabweisbarkeit der Sanierung bestehen muss. Grundlage hierfür soll die Planung sein. Es muss eine Gesamtplanung erstellt und beschlossen werden. Für die sich daraus ergebenden Bedarfe muss ein Finanzierungskonzept und eine Prioritätenliste erstellt werden.

Herr Schubert macht deutlich, dass sich die Bedarfsplanung mit bestimmten Kriterien in die Finanzierungsrichtlinie des KIS einordnen müsse. Hier sollte gemeinsam überlegt werden, welche Kriterien dies sein sollen.

Frau Dr. Müller betont, dass ein so wesentlicher Beschluss nicht an den Haushalt gehen soll. Sie wirbt dafür, den Bedarf von Bestandserhaltung abzukoppeln.

Herr Liebe schlägt vor, die Bestandserhaltung sofort zu beschließen. Zur Bedarfsermittlung soll ein gesonderter Beschluss erarbeitet werden.

Herr Wollenberg bittet, die Verwaltung zu beauftragen, ein entsprechendes Sanierungskonzept zu erarbeiten. Dazu sollte ein Beschluss gefasst werden.

Herr Richter weist darauf hin, dass dies für den Haushalt 2017 nicht mehr aufgenommen werden kann. Derzeit beginnt die Vorbereitung des Haushaltes 2018. Die Bedarfsplanung bis dahin zu erstellen, ist nicht realistisch. Für den Doppelhaushalt 2018/2019 sind zusätzliche Mittel für Schulsanierungen einzuplanen. Hier ist die Sanierung der Jugendfreizeiteinrichtungen nicht einzuordnen. Realistisch ist die Erstellung eines Bedarfsplanes und eine entsprechende Lösung im nächsten Doppelhaushalt.

Herr Schubert macht deutlich, dass erst die Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Er regt an, die Bedarfe zu ermitteln. Dies bedeutet ein halbes Jahr Arbeit. Danach muss der KIS die Einordnung in die Planung prüfen. Zu diesem

Zeitpunkt ist der Haushaltsplan 2018/2019 fertig. Außerdem muss vorher eine Verständigung im Jugendhilfeausschuss zu dem erfolgen, was die Verwaltung erarbeitet hat. Er wirbt dafür, der Verwaltung den Auftrag dafür zu erteilen und bittet, der Verwaltung die Zeit für die Planung zu geben.

Herr Wollenberg betont, dass der Sanierungsbedarf bereits bekannt ist. Hier sollte sich der Ausschuss positionieren, dass dies ab 2018 ff angegangen wird.

Herr Richter weist darauf hin, dass der KIS bei allen Maßnahmen im Wirtschaftsplan der Kommunalaufsicht gegenüber die Unabweisbarkeit nachweisen muss. Deshalb muss es eine Bedarfsplanung geben, die dies nachweist.

Herr Kolesnyk fragt, ob dies weiterhin verfolgt werden soll. Dem wird mehrheitlich zugestimmt.

Herr Kolesnyk schlägt folgende Beschlussfassung vor: Bei den Kinder- und Jugendclubs bestehen erhebliche Sanierungsbedarfe. Der OBM wird aufgefordert, die Voraussetzungen für die Abarbeitung der Sanierungsstaus bei den Kinder- und Jugendclubs zu schaffen.

Herr Liebe und Herr Wollenberg sprechen sich dafür aus, einen Zeitraum festzulegen.

Herr Tölke erklärt, dass ein Entwurf Anfang 2018 vorgelegt werden könne.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich mehrheitlich, dass die Sanierungsbedarfe binnen 5 Jahren abgearbeitet werden sollen.

Herr Kolesnyk stellt folgenden Ergänzungsantrag zur Abstimmung:

Bei den Kinder- und Jugendclubs bestehen Sanierungsbedarfe. Der Oberbürgermeister soll die Voraussetzungen schaffen, dass diese binnen 5 Jahren abgearbeitet werden können. Dem Jugendhilfeausschuss soll Anfang 2018 ein Entwurf hierfür vorgestellt werden.

Dem Ergänzungsantrag wird einstimmig zugestimmt.

Anschließend bittet Herr Kolesnyk um Abstimmung über die so ergänzte Drucksache.

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunalen Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2017.

**+ Ergänzung:**

**Bei den Kinder- und Jugendclubs bestehen Sanierungsbedarfe. Der Oberbürgermeister soll die Voraussetzungen schaffen, dass diese binnen 5 Jahren abgearbeitet werden können. Dem Jugendhilfeausschuss soll Anfang 2018 ein Entwurf hierfür vorgestellt werden.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

## zu 8.2 **Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017**

### **Vorlage: 16/SVV/0801**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung  
- Wiedervorlage -

Herr Kolesnyk bittet die Verwaltung eingangs auf die offenen Fragen der letzten Sitzung einzugehen.

Frau Weidner teilt mit, dass aus dem Produkt Jugendarbeit (36200) nach Richtlinie I die Kinder- und Jugenderholungsmaßnahmen gefördert werden, die von Trägern der Kinder- und Jugendarbeit organisiert werden.

Nach Richtlinie II werden Städtepartnerschaften und internationale Jugendbegegnungen gefördert.

Nach Richtlinie III werden außerschulische Kinder- und Jugendbildungen gefördert. Im höheren Interesse der Landeshauptstadt Potsdam werden besondere Projekte wie z.B. der jährliche Potsdamer Ferienpass und die Stadt der Kinder gefördert.

Nach Richtlinie VI werden Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien bei der Teilnahme an Ferienfahrten finanziell unterstützt.

Aus dem Produkt Jugendsozialarbeit (36310) werden ab 2017 Projekte im Rahmen des kommunalen Förderprogramms "PLuS" gefördert.

Herr Liebe erinnert daran, dass er in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses die Verwaltung gebeten habe, Möglichkeiten zu prüfen, wie eine Verbesserung der Finanzierung der Tagespflegepersonen erfolgen könne.

Frau Elsaßer erklärt darauf hin, dass es für zwei Drittel der Tagespflegepersonen eine deutliche Verbesserung geben wird.

Herr Kolesnyk verweist auf die als Tischvorlage ausgereichten Änderungsanträge zum Haushalt 2017 und reicht einen weiteren Antrag aus. Er erklärt, dass bei allem, was die Kommune für die Verbesserung der Kita-Qualität macht, man das Land nicht aus der Verantwortung entlässt. Das wäre zum Beispiel über die Förderung anhand von besonderen Bedarfen möglich.

Frau Kahl (Kita-Elternbeirat) geht auf den tatsächliche Betreuungsschlüssel ein und betont, dass aus Sicht der Eltern ein Rechtsgutachten erstellt werden solle, um zu klären wer für die Finanzierung zuständig ist.

Sie nimmt Bezug auf die haushaltsbegleitenden Anträge, nach denen im Zuge der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2018/2019 der kommunale Finanzierungsanteil von 1.000.000 Euro bzw. 1.500.000 Euro jährlich einzuplanen ist und fragt, ab wann dies dann gilt. Des Weiteren fragt sie, ob es Verpflichtungen gibt, dass bei besonders hohen Betreuungszeiten mehr Personal eingesetzt werden muss.

Herr Schubert erklärt, dass dies bei Haushaltsgenehmigung in Kraft tritt. Er kann derzeit nicht voraussagen, wann der Haushalt beschlossen und genehmigt ist.

Herr Wollenberg betont, dass der haushaltsbegleitende Antrag so formuliert sei, um in der Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig zu sein.

Im Antrag der Fraktion DIE LINKE steht „unabhängig von der Landesfinanzierung“. Die Frage der Unabhängigkeit ist sehr wichtig für die Kita-Träger.

Herr Otto macht deutlich, dass die Lage in den Kitas bereits sehr kritisch sei. Er spricht sich dafür aus, hier mehr Druck aufzubauen.

Herr Kolesnyk schlägt eine Abstimmung zu den einzelnen Anträgen vor. Er macht deutlich, dass es um Beträge im 7stelligen Bereich geht. Hier müssen Vorläufe gegeben sein, um dies einzuplanen.

Herr Liebe hat zur Kenntnis genommen, dass die Anregungen zum Rechtsgutachten durch Herrn Kolesnyk aufgenommen wurden und auch von der Verwaltung berücksichtigt werden können. Die Summe sollte verlässlich im Beschlusstext stehen und nicht nur in der Begründung.

Er betont, dass die Träger die Bedarfe nicht mehr bedienen können. Dies ist nicht mehr vertretbar. Im Jahr 2017 gibt es höchste Not bei den Trägern, deshalb muss in 2017 schon etwas passieren. Er schildert beispielhaft hierfür die Situation im Sozialraum 1.

Frau Kahl macht deutlich, dass sie als Auskunft bisher immer erhalten hat, dass 2017 eine Lösung gefunden werden soll.

Herr Ströber bittet Herrn Schubert, die letzten beiden Beiträge zusammengefasst in der Stadtverordnetenversammlung vorzutragen, da unbedingt eine Lösung gefunden werden muss.

Herr Kolesnyk schlägt vor, dass der Jugendhilfeausschuss empfiehlt, dass das Rechtsgutachten folgende Punkte klären soll:

1. Wer ist zuständig? (Land und/oder Kommune?)
2. Gibt es eine Verpflichtung, dass bei besonders hohen Betreuungszeiten mehr Personal finanziert werden muss? (Folgt aus vielen hohen Rechtsansprüchen auf lange Betreuung automatisch ein Anspruch auf mehr Personal?)
3. Kann eine bessere Finanzierung der zusätzlichen Betreuungszeiten vom Land eingeklagt werden?"

Frau Kahl hat Signale von Kita-Trägern, dass die Verbesserung des Betreuungsschlüssels zum 01.09.2017 zu stemmen sei, wenn die Stadt die Finanzierung übernimmt.

Herr Kolesnyk erklärt, dass zum neuen Kita-Jahr landesweit 450 Stellen zusätzlich kommen werden. Er schlägt vor, über die Änderungsanträge abzustimmen. Die Empfehlung geht an den Finanzausschuss, der daraus einen Vorschlag für die Stadtverordnetenversammlung macht.

Herr Ströber betont, dass er keinem Antrag zustimmen könne, der nicht das Jahr 2017 enthält.

Herr Wollenberg schlägt folgende Ergänzung vor: Zusätzlich sind im Rahmen des Haushaltsvollzuges ab 09/2017 anteilig 500.000 Euro bereitzustellen.

Herr Kolesnyk stellt dies zur Abstimmung. Der Ergänzung wird 10 Zustimmungen und 3 Gegenstimmen mehrheitlich zugestimmt.

Anschließend stellt Herr Kolesnyk den haushaltsbegleitenden Ergänzungsantrag zur Abstimmung.

**Ergänzung:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich gegenüber dem Land Brandenburg für eine deutliche Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Bezug auf die tatsächlichen Betreuungszeiten in Kindertagesstätten einzusetzen**

**Ziel ist es, die tatsächlichen Betreuungsschlüssel zu erhöhen, um die Qualität der Betreuung in unseren Kitas zu verbessern.**

**Dazu soll auch das Rechtsgutachten zu Kita-Finanzierungspflicht des Landes dienen, das der Oberbürgermeister in Auftrag geben soll.**

**Um auf mögliche landesgesetzliche Regelungen vorbereitet zu sein, ist im Zuge der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2018/2019 der kommunale Finanzierungsanteil von 1.500.000 Euro jährlich einzuplanen. Der erforderliche Eigenanteil soll auch unabhängig von Landeszahlungen eingesetzt werden. Zusätzlich sind im Rahmen des Haushaltsvollzuges ab 09/2017 anteilig 500.000 Euro bereitzustellen.**

**Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, einmal im Quartal über den erreichten Stand zu informieren.**

Der Ergänzung wird mehrheitlich zugestimmt.

Herr Kolesnyk stellt den haushaltsbegleitenden Ergänzungsantrag zur Abstimmung.

Frau Parthum nimmt aufgrund von Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.

**Ergänzung:**

**Erhöhung der Ansätze für die Medienwerkstatt um 25.000 EUR und für das Kinder- und Jugendtelefon um 10.000 EUR.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Auf Nachfrage ob die Förderung von Medienwerkstatt und Kinder- und Jugendtelefon verstetigt werden soll, erklärt Herr Tölke, dass dies für die Medienwerkstatt so angedacht ist. Die Verstetigung des Kinder- und Jugendtelefons muss geprüft werden.

Abschließend stellt Herr Kolesnyk den Haushalt für den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie einschließlich der Ergänzungen zur Abstimmung.

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen wird beschlossen. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

**+ Ergänzung:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich gegenüber dem Land Brandenburg für eine deutliche Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Bezug auf die tatsächlichen Betreuungszeiten in Kindertagesstätten einzusetzen.**

**Ziel ist es, die tatsächlichen Betreuungsschlüssel zu erhöhen, um die Qualität der Betreuung in unseren Kitas zu verbessern.**

**Dazu soll auch das Rechtsgutachten zu Kita-Finanzierungspflicht des Landes dienen, das der Oberbürgermeister in Auftrag geben soll.**

Um auf mögliche landesgesetzliche Regelungen vorbereitet zu sein, ist im Zuge der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2018/2019 der kommunale Finanzierungsanteil von 1.500.000 Euro jährlich einzuplanen. Der erforderliche Eigenanteil soll auch unabhängig von Landeszahlungen eingesetzt werden. Zusätzlich sind im Rahmen des Haushaltsvollzuges ab 09/2017 anteilig 500.000 Euro bereitzustellen.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, einmal im Quartal über den erreichten Stand zu informieren.

**+ Ergänzung:**

**Erhöhung der Ansätze für die Medienwerkstatt um 25.000 Euro und für das Kinder- und Jugendtelefon um 10.000 Euro.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

**zu 8.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 8: Mehr Kita-Personal durch Co-Finanzierung der Stadt  
Vorlage: 16/SVV/0684**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung  
- Wiedervorlage -

Vor dem Einstieg in die Beratung zur Drucksache bittet Frau Frehse-Sevran um Abstimmung über Verlängerung der Sitzungszeit, um die folgenden Tagesordnungspunkte abarbeiten zu können.

Der Verlängerung der Sitzungszeit wird einstimmig zugestimmt.

Herr Kolesnyk regt an, den Antrag als **teilweise in Umsetzung** zu votieren.

Frau Dr. Müller bittet darum, dass als Bemerkung zum Votum auf den entsprechenden haushaltsbegleitenden Beschluss zu verweisen.

Herr Kolesnyk bittet um Abstimmung darüber, dass sich der Antrag gemäß haushaltsbegleitendem Beschluss des JHA am 21.02.2017 **teilweise in Umsetzung** befindet.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

**zu 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 9.1 Rechtsgutachten zur Kita-Finanzierungspflicht des Landes  
Vorlage: 17/SVV/0039**

Fraktion DIE LINKE

Die Ausschussmitglieder stellen mehrheitlich fest, dass sich der Antrag erledigt hat.

**zu 9.2 Einführung einer zusätzlichen Stundenstufe bei der Personalbemessung in den Potsdamer Kitas**  
**Vorlage: 17/SVV/0042**  
Fraktion DIE LINKE

Herr Wollenberg schlägt vor, den Antrag zurückzustellen.

Herr Kolesnyk stellt dies zur Abstimmung. Der Zurückstellung des Antrages wird mehrheitlich zugestimmt.

**zu 9.3 Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP**  
**Vorlage: 17/SVV/0059**  
Fraktion CDU/ANW

Der Antrag wird bis zur März-Sitzung 2017 zurückgestellt.

**zu 10 Bericht der Jugendvertretung**

Von Seiten der Jugendvertretung gibt es keine aktuellen Informationen.

**zu 11 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

Herr Liebe berichtet über die Sitzung des **Unterausschusses Jugendhilfeplanung** vom 14.02.2017. Der Unterausschuss hat die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 19.01.2017 nachbereitet. Dabei wurde festgestellt, dass die Sanierung der Jugendklub verbindlicher in die Haushaltsplanung aufgenommen werden solle. Hierzu wurde ein entsprechender Begleitbeschluss für den Jugendhilfeausschuss formuliert.

Der Arbeitsplan des Unterausschusses für 2017 wurde besprochen. Es gab eine Verständigung zur Umsetzung der Richtlinie nach § 75 SGB VIII. Der Unterausschuss hat sich mit den Themen der gemeinsamen Sitzung mit Ausschuss für Bildung und Sport befasst.

Des Weiteren wurde die Kommunikation zwischen öffentlichen und freien Trägern thematisiert. Es gab eine Verständigung zu einem zweigeteilten Vorgehen, in dem zunächst im Rahmen einer Klausur das Rollenverständnis in der Planungsverantwortung besprochen wird. Danach soll anhand von Beispielen erörtert werden, wie eine gute Kommunikation unter Einbeziehung der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII erfolgt ist.

Frau Dr. Müller bittet, dies beim nächsten Mal aufzurufen und zu besprechen.

Herr Kolesnyk berichtet, dass Frau Frenkler den Vorsitz der AG nach § 78 SGB VIII „Kita“ niedergelegt hat.

Herr Schubert erklärt, dass er an der nächsten Sitzung der AG Kita teilnehmen wird.

Nachfolgende Berichte wurden schriftlich eingereicht und im Nachgang zur Sitzung in die Niederschrift aufgenommen.

„**AG § 78 Hilfen zur Erziehung**, Sitzung vom 07.02.2017:

1. Änderung Mitteilungsformat
  - Kurzinfo der wesentlichen inhaltlichen Punkte auf Server und im Bericht JHA
2. Kommunikation ÖT-FT:
  - erster Austausch über gelaufene Erfahrungen, Fortschritte, Kritikpunkte und Aufgaben
  - die Bearbeitung ist als Prozess zu betrachten
  - parallel an Flex – Verhandlungen üben
3. Veränderung/Aktualisierung der GO verabschiedet
4. Kommunikation FT-FT
  - Erörterung gelaufener Erfahrungen in „schwierigen Trägersituationen“
  - Vorschlag eines künftigen zweigliedrigen Verfahrens: Verhaltenskodex der FT, organisiertes Konfliktmanagement bei Bedarf – Weiterarbeit an der Konkretion der beiden Elemente
5. 4 TN für die bevorstehende Jugendhilfe – Planungsworkshops festlegen
6. nächste Sitzung: Erfahrungsaustausch mit Sozialberatung Ernst v. Bergmann“

Bericht **Regionale Jugendhilfe AG 2**, Sitzung vom 08.02.2017:

„Herr Wernicke und Frau Sperfeld vom Kita-TIPP waren als Gäste zum Thema Kindertagesbetreuung in den Sozialräumen IV und V anwesend.

Am 23.02.2017 findet der Fachtag zum Thema Kinderschutz im Club 18, Pietschkerstraße 50, 14480 Potsdam statt.

Im Jugendhilfeausschuss wird dann darüber berichtet.“

„Die **Regionale Jugendhilfe AG 2** hat sich wiederholt mit Prozess und Struktur der Jugendhilfeplanung beschäftigt. Wir haben den bedarf erkannt, dass auf der Grundlage der neuen Herausforderungen für die Jugendhilfe in der Landeshauptstadt Potsdam unter Berücksichtigung von Themen wie wachsende Stadt, aktuelle Lebenslagen und regionale Besonderheiten die Planung sowohl strategisch, als auch flexibel regional erfolgen muss. Hierzu bedarf es einer regionalen Entscheidungsbefugnis, die auch finanziell untersetzt ist.

Die Reg-AG II erarbeitet ein Modell der Umsetzung unter Einbeziehung anderer Gremien.“

## zu 12 **Informationen des Jugendamtes**

Herr Kolesnyk schlägt vor, den Bericht zu den unbegleiteten minderjährigen Ausländern schriftlich einzureichen und in die Niederschrift aufzunehmen. Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Bericht zu den unbegleiteten minderjährigen Ausländern (umA):

Mit Stand 31.01.2017 waren 110 unbegleitete minderjährige Ausländer aus dem Zuständigkeitsbereich der Landeshauptstadt Potsdam gegenüber dem MBSJ gemeldet.

Aktuell werden 85 umA beschult oder befinden sich in beruflicher Ausbildung bzw. Vorbereitung. 29 umA besuchen eine Schule in Potsdam, davon werden 22 in einer Willkommensklasse/Vorbereitungsklasse unterrichtet. 46 umA sind an zwei verschiedenen Oberstufenzentren innerhalb der Berufsfachschule-Grundbildung+ ebenfalls in der Landeshauptstadt Potsdam integriert. 4 umA besuchen eine Schulform außerhalb von Potsdam. 2 umA absolvieren gegenwärtig eine Ausbildung und 4 Jugendliche sind über ein Integrationsprojekt des Jobcenters bzw. das Studienkolleg der FU Berlin in einer beruflichen Maßnahme.

Während des Clearings in den ersten 3 Monaten erfolgt noch kein Schulbesuch.

Die Jugendlichen absolvieren in dieser Zeit einen Sprachkurs in Vorbereitung auf den sich anschließenden Schulbesuch.

Am 03.03.2017 wird das neue Clearinghaus der GFB in der Breiten Straße eröffnet.

Herr Tölke informiert über den Brand in der AWO-Kita vom am 17.02.2017. Die Kita ist bis auf weiteres nicht für die Betreuung der Kinder nutzbar. Die Kinder der Kita werden vorübergehend in den Kindertagesstätten „Sportakus“ und „Kinderinsel“ betreut. Darauf haben sich die Träger Arbeiterwohlfahrt (AWO), Internationaler Bund (IB) und das Jugendamt verständigt. Sobald absehbar ist, wann das Gebäude wieder zur Verfügung steht, soll es eine Elternversammlung geben.

Herr Otto bittet um eine Darstellung der Veränderungen beim Pflegekindergeld zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Frau Reisenweber erklärt, dass dem Jugendhilfeausschuss dazu eine Mitteilungsvorlage vorgelegt wird.

Frau Kahl bittet, den Elternbeirat Kita im JHA vorstellen zu dürfen.

Herr Kolesnyk schlägt dafür die Sitzung im März vor.

### **zu 13      Sonstiges**

**Nächster Jugendhilfeausschuss: 30. März 2017, 16:30 Uhr**

**David Kolesnyk  
Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra  
Schriftführerin**